

Sehr schwankend

In großer Aufmachung feierte „Neues Deutschland“ den Besuch der Grünen in Ost-Berlin. Doch als DDR-Friedensaktivisten gemeinsam mit den Westlern demonstrieren wollten, reagierte die SED mit Härte.

Die Pressesprecherin der Grünen, Renate Mohr, vergaß vor Aufregung, weiter mitzuschreiben; Herbert Häber, Abteilungsleiter für West-Beziehungen im Zentralkomitee der SED, versuchte seinen Chef Erich Honecker öffentlich zu korrigieren.

Das Treffen des DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker mit einer achtköpfigen Delegation der Grünen aus dem Bonner Bundestag geriet vom steifformellen politischen Spitzentreffen gelegentlich zur heiteren Politshow, wie sie die parlamentarischen Außenseiter aus dem Westen lieben.

Honecker nahm beflissen lächelnd ein Bild der Plastik „Schwerter zu Pflugscharen“ entgegen, obwohl der Slogan, Leitmotiv der DDR-Friedensbewegung, im SED-Staat verpönt ist. Doch der SED-Chef konnte nicht umhin: Die Plastik steht seit Jahren als Gastgeschenk der UdSSR vor der Uno in New York. Honecker übergab auch, daß Petra Kelly ihm in einem T-Shirt entgegentrat, auf dessen Vorderseite unübersehbar groß „Schwerter zu Pflugscharen“ stand.

Nach mehr als zweistündigem Gespräch teilte der Staatsratsvorsitzende seinen verblüfften Gästen locker und unvermittelt mit, er würde den „persönlichen Friedensvertrag“ eigentlich gern unterschreiben. Den Vertrag – von Hand auf grüner Pappe gemalt – hatten die Alternativen ihrem Gastgeber zur Begrüßung überreicht.

Mit der darin enthaltenen Verpflichtung, (1) auf gegenseitige Gewaltanwendung zu verzichten und (2) sich gegenseitig nicht als Feinde zu betrachten sowie Feindbilder abzubauen, stimme er – so der höchste DDR-Politiker – ohne weiteres überein. Und wäre er Bundesbürger, hätte er auch keine Schwierigkeiten, für die unter Punkt drei geforderte einseitige Abrüstung einzutreten. Als Staatschef der DDR jedoch habe er den verfassungsmäßigen Auftrag, die Verteidigung seines Staates sicherzustellen.

Doch das wollten die Grünen nicht gelten lassen. Ermutigt von dem unvermuteten Entgegenkommen, versuchten sie die Unterschrift auch zu Punkt drei abzuschwätzen; schließlich habe eine einseitige Abrüstung mehr Sicherheit für alle Staaten zur Folge.

Da wurde Honecker, beobachtete Dirk Schneider, deutschlandpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, „sehr schwankend“. Das blieb auch ZK-Mann Häber nicht verborgen. Offenbar ernst-



Gastgeber Honecker, Grüne*: Nur ein paar Nettigkeiten

haft beunruhigt, versuchte er, seinen Chef zu bremsen.

Der Vertrag sei doch nur ein „politischer Gag“. In jedem Fall könne Honecker aber Punkt drei nicht unterschreiben. Und überhaupt, murmelte Häber unwirsch, solle der SED-Chef das mit der Unterschrift doch lieber ganz lassen.

Die Intervention hatte nur begrenzte Wirkung; Honecker setzte „spontan“ (Schneider) Namen und Datum unter die beiden ersten Forderungen. Schneider zu dem Ereignis: „Honecker hatte wohl das Bedürfnis, nach dem kontroversen Meinungsaustausch auch Übereinstimmung mit uns zu finden.“

Es blieb eine Übereinstimmung auf grüner Pappe. Nach ihrem Ausflug in die östlichen Gefilde kamen die Grünen verwirrt und auch ernüchtert zurück.

Niemand der manchmal etwas naiven Friedensfreunde, die in zwei aufeinanderfolgenden Wochen mit Politikern in Moskau und Ost-Berlin parlierten, hatte ernsthaft gehofft, die östliche Weltmacht oder deren Verbündeten umstimmen zu können. Auch daß die Grünen den Chef der Sozialistischen Einheitspartei mit gutem Willen, kleinen Scherzen oder illusionären Forderungen so beeindrucken könnten, daß er schließlich aus der Warschauer-Pakt-Linie ausschart, war kaum zu erwarten.

Aber ein bißchen mehr als „Nettigkeiten“ hatten sie sich eigentlich schon gewünscht; hatte ihr Gastgeber doch in letzter Zeit das deutsch-deutsche Verhältnis erstaunlich liebevoll gepflegt: Franz Josef Strauß wie Udo Lindenberg wurden hofiert; plötzlich tauchte im DDR-Sprachschatz sogar das früher ver-

pönte Wort vom „deutschen Volk“ auf. Doch die Bilanz der Grünen blieb mager. Sie durften in der DDR gegen die SS-20 demonstrieren und einheimische Pazifisten besuchen. Ihnen wurde eine Geste zuteil, wie sie ähnlich auch Strauß erfuhr: Eine DDR-Friedensfreundin wurde freigelassen.

Im „Neuen Deutschland“ („ND“) freilich stand davon ebensowenig wie darüber, daß die Westdeutschen sich nicht nur mit Erich Honecker, sondern auch mit dem Ost-Berliner evangelischen Bischof Gottfried Forck sowie mit Gleichgesinnten aus der autonomen ostdeutschen Friedensbewegung getroffen hatten.

Und vorenthalten wurde den „ND“-Lesern das T-Shirt, das Petra Kelly beim Honecker-Empfang trug. Im Bericht über das Treffen hieß es lediglich, in der „freimütigen Unterredung“ seien „auch unterschiedliche Standpunkte vertreten“ worden. Dazu ein Bild, auf dem das Kelly-Hemd geschickt verdeckt war.

Doch machte das SED-Blatt sehr wohl deutlich, welche Bedeutung die Parteiführung dem Besuch zumißt: Der Artikel zierte in vierspaltiger Aufmachung die Seite 1. So viel Ehre wird in der Postille des Ost-Berliner Hofes sonst allenfalls befreundeten Staatsoberhäupten oder Freiheitskämpfern zuteil.

Der Aufwand entspricht der Einordnung der Grünen in die Propagandastategie der Einheitssozialisten gegen die Nachrüstung. Schon nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag hatte ZK-Häber die SED-Chargen instruiert, nun säßen 28 Raketengegner im westdeutschen Parlament. Und die verdienten jede Unterstützung.

Ungewohnt kulant reagierte die SED denn auch, als Petra Kelly und Gert

* Otto Schily, Dirk Schneider, Petra Kelly, Gert Bastian (r. hinter Frau Kelly).

Bastian im vergangenen Mai auf dem Alex gegen die Rüstung in West und Ost demonstrierten. Die beiden wurden zwar für kurze Zeit festgenommen. Aber Erich Honecker bedauerte wenig später in einem Brief, daß er die Grünen „aufgrund anderer Verpflichtungen leider“ nicht habe treffen können.

Um der westdeutschen Friedensbewegung zu gefallen, nahm der SED-Chef sogar in Kauf, daß durch die jüngste Visite der Grünen auch Leute Auftrieb erhielten, denen solcher Zuspruch vom offiziellen Gastgeber eigentlich nicht zugedacht war: Die Stimmung unter den Ost-Berliner Friedensfreunden war nach dem Grünen-Empfang bei Erich Honecker „euphorisch“ (so ein Ost-Berliner Friedensaktivist).

Daß ausgerechnet der Staatsratsvorsitzende seine Teil-Unterschrift unter den „persönlichen Friedensvertrag“ setzte, nehmen sie als eigenen Erfolg. Denn bislang hat die SED solche Verträge zwischen Ost- und Westdeutschen, die von der ostdeutschen Friedensbewegung seit langem propagiert werden, stets als gefährliche Verbrüderung mit dem Klassenfeind abgelehnt.

Daß im Osten übers Atmosphärische hinaus nichts läuft, hätte den Grünen schon in der vorletzten Woche in Moskau aufgehen können.

So reagierten die sowjetischen Gesprächspartner mit völligem Unverständnis auf den hartnäckig vorgebrachten Vorschlag, Moskau solle schon mal damit anfangen, seine SS-20 bis auf die Zahl der französischen und britischen Raketen zu verschrotten, ohne eine Vereinbarung in Genf abzuwarten.

Dies sei, versuchten die Grünen ihre Gesprächspartner für ihre Idee zu gewinnen, die letzte Chance, die Nachrüstung zu verhindern. Doch die Sowjets konterten: Wer gebe ihnen denn die Garantie, daß die USA dann ihrerseits tatsächlich auf die Stationierung von „Pershing 2“ und Cruise Missiles verzichten?

Die Versicherung der Grünen, dafür werde die Friedensbewegung schon sorgen, stieß bei den Realisten der Macht auf milden Spott: Die Rüstungsgegner in der Bundesrepublik seien ja nicht einmal stark genug, im eigenen Land die Nachrüstungsentscheidung zu verhindern.

Nicht zuletzt ihre eigene Unabhängigkeit wollten die Grünen mit ihren Ost-Reisen demonstrieren. Doch mit ihrem Aktionismus und Schnickschnack-Forderungen wie die an Erich Honecker, er solle West-Besucher endlich auch per Fahrrad in die DDR einreisen lassen, konnten sie weder in Ost-Berlin noch in Moskau ihre Naivität im Umgang mit den politisch Mächtigen überdecken.

Das eindrücklichste Beispiel grüner Arglosigkeit lieferte Fraktionssprecher Otto Schily. Noch unmittelbar vor der Abreise glaubte der Berliner Anwalt fest, die Moskauer Politfunktionäre würden den Grünen als Gastgeschenk einen neuen Abrüstungsvorschlag überreichen

und so der westdeutschen Friedensbewegung den Rücken stärken.

Das war selbst Schilys Kollegen zuviel. „Otto“, sagte Fraktionssprecherin Marie-Luise Beck-Oberdorf, „du bist ein Traumtänzer.“

Wo die Traum-Grenze verläuft, machten die Einheitssozialisten unmißverständlich klar. Sofort nach ihrer Visite in Ost-Berlin hatten die Grünen öffentlich angekündigt, sie würden zusammen mit Friedensfreunden aus Westeuropa und der DDR am letzten Freitag zu den Botschaften der USA und der UdSSR in Ost-Berlin marschieren und dort Abrüstungsappelle überreichen.

Mehrere hundert Ostdeutsche, darunter zahlreiche Mitglieder der Gruppe „Frauen für den Frieden“ um die Witwe



Friedensfreund Honecker*
Spontan unterschrieben

des Regimekritikers Robert Havemann, Katja Havemann, wollten sich an diesem Marsch beteiligen, um ihr neues Selbstbewußtsein kundzumachen.

Sehr zum Verdruß evangelischer Kirchenfunktionäre. Die werfen den Grünen vor, sie wollten das Friedensengagement der DDR-Basis „für ihre eigenen Zwecke mißbrauchen“. Die Kirchenleute fürchten, allzu große Solidarität zwischen den Grünen und der eigenen staatsunabhängigen Friedensbewegung, die sich vor allem aus jungen evangelischen Christen rekrutiert, könnte die Beziehungen der Kirche zum SED-Staat belasten. Honecker, so ihr Argument gegen das angekündigte Botschaftsspektakel, habe wegen seines freundlichen Umgangs mit den Grünen ohnehin Ärger mit einigen Genossen im Politbüro.

* Mit dem Photo der Sowjet-Plastik „Schwerter zu Pflugscharen“.

Die Kirchenmänner behielten recht: Am Donnerstag tauchte ZK-Häber bei den Grünen in Bonn auf und ersuchte dringend, die Freitagssaktion abzublasen, da die DDR eine solche Demonstration nicht hinnehmen könne. Dem Grünen-Geschäftsführer Lukas Beckmann ließ er ausrichten, er solle erst gar nicht versuchen, am Freitagvormittag die DDR zu betreten.

Zwei Grünen-Abgeordnete kamen zwar durch, wurden aber in Ost-Berlin festgenommen und als „unerwünschte Personen“ nach West-Berlin abgeschoben.

Die eigenen Leute disziplinierte die Stasi auf gewohnte Weise: Am Donnerstag wurde Manfred Stolpe von der evangelischen Kirchenleitung ins ZK zitiert. Als der mitteilte, die Aktion sei nicht mehr zu stoppen, griff ein Rollkommando zu: In der Nacht zum Freitag wurden zahlreiche Friedensfreunde vorläufig festgesetzt.

STAHL

Getrennt marschieren

Alle Bemühungen, die notleidende Stahlindustrie neu zu formieren, sind gescheitert.

Thyssen-Chef Dieter Spethmann hatte es auf eine dicke Aussteuer abgesehen. Mit 1,2 Milliarden Mark Staatsgeldern sollte seine „Braut erst einmal heiratsfähig“ gemacht werden.

Das Geld, das der Thyssen-Mann für eine Fusion mit Krupp Stahl kassieren wollte, sollte aus der Bonner Kasse kommen. Doch die Regierenden, Finanzminister Gerhard Stoltenberg wie Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, fanden die Mitgift-Forderung des Thyssen-Chefs arg hoch. Mehr als 500 Millionen Mark wollten sie für die Verbindung nicht rausrücken.

Wochenlang stritten sich die Stahlunternehmer aus Düsseldorf und Bochum mit den Politikern aus Bonn. Weder die Regierenden noch die Manager waren bereit nachzugeben. Vorigen Mittwoch war dann klar: Es wird nicht zu der Vereinigung der beiden großen deutschen Stahlfirmen kommen.

Wieder einmal war damit die Chance vertan, durch Zusammenlegung von Fabriken und durch die gegenseitige Abstimmung der Produktion die Kosten zu senken. Beim Verbund Thyssen und Krupp hätten durch die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen jährlich 400 Millionen Mark eingespart werden können.

Deutschlands Stahlindustrie, mit ihren modernen Schmelzmethoden einst führend in der Welt, bleibt weiterhin in akuter Not. Viele hatten sich von der Thyssen/Krupp-Fusion eine Signalwirkung erhofft. Dann endlich würden, so die Erwartung, auch die Konkurrenten